Pension: "2040 wird es so richtig Plopp machen"

14.07.2014 | 17:26 | (DiePresse.com)

Die Debatte um angeblich "schöngefärbte" Pensionszahlen sei beendet, sagt Sozialminister Hundstorfer. Die Ausgaben für die Ausgleichszulage könnten wieder steigen.

Laut SP-Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat sich die Zahlendiskussion um den am Freitag von ihm erstmals veröffentlichten Pensionsmonitoring-Bericht geklärt. Die ÖVP hatte statistische Kniffe (**"schöngeschminkt"**) rund um den Anstieg des Pensionsantrittsalters geortet. Die Unstimmigkeiten seien über das Wochenende beseitigt worden, sagte Hundstorfer am Montag in Wien.

Erneut warnte er die rund eine Million Teilzeitbeschäftigten in Österreich davor, zu lange in Teilzeit zu verharren, denn daraus würden entsprechend niedriger Pensionszahlungen resultieren. Jungen Menschen mit einer Pensionsbemessungsgrundlage von 40 Beitragsjahren müsse man auch sagen: "Jedes Monat zählt." Die 70-Jährigen würden heute durchschnittlich eine höhere Pension haben, als künftig ihre Kinder. "Im Jahr 2040 wird es so richtig Plopp machen", so Hundstorfer. Durch niedrigere Pensionszahlungen könnten dann auch die Ausgaben für die Ausgleichszulage wieder steigen.

Der Sozialminister hält das Pensions-Umlageverfahren dennoch für zukunftsfit. Um dies sicherzustellen, müssten aufgrund der stagnierenden Realeinkommen bei der jüngeren Generation Beschäftigte über 45 Jahren länger im Erwerbsleben bleiben und auch die Beschäftigungsquote sollte hoch bleiben. Als große Reformschritte der Regierung bezeichnete Hundstorfer die Einführung des Pensionskontos und die Deckelung der Sonderpensionen.

Danninger: "Einfach wegschauen geht nicht"

Für VP-Finanzstaatssekretär Jochen Danninger ist die Diskussion indes noch nicht abgeschlossen. "Mit dem Finanzministerium wurden die Zahlen des Pensionsmonitorings bislang nicht geklärt", betonte Danninger Montagnachmittag. In den veröffentlichten Zahlen erkenne man "akuten Handlungsbedarf", denn bisher sehe man kaum einen Anstieg des faktischen Pensionsantrittsalters.

"Der Sozialminister muss jetzt zügig aus der vorliegenden Faktenlage die richtigen Schlüsse ziehen und entsprechende Maßnahmen setzen", forderte Danninger. "Einfach wegschauen und auf das nächste Monitoring am Ende des Jahres zu warten geht nicht." Handle der Sozialminister nicht, würden die Kosten weiter steigen, meinte der Staatssekretär.

© DiePresse.com